

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Jahresjährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
im Hause 18 Pf. mehr.
Die Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Hirsch-Dunker).
Berlin N.O. 33, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsamt: 45 fl., Familienamt: 15 fl.,
Vereinsamt: 10 fl., Arbeitsmarkt 9 fl.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Telefon: Amt VII, Nr. 7720.

Nr. 85.

Berlin, Sonnabend, 26. Oktober 1907.

Reunionsdreiundfünfziger Jahrgang

Inhalts-Vergleichs.

Sozialpolitische Preiser. — Von konservativ-ultramontan-antisemitischen Arbeitersongress. — Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Gewerkvereinen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Sozialpolitische Preiser.

In diesen Tagen hat in Berlin die Generalversammlung des Bundes der Industriellen stattgefunden. Hauptgegenstand der Tagung war eine Aussprache über die Behandlung der sozialpolitischen Gesetze, die dem Reichstag zunächst zur Beratung vorliegen werden. Das einleitende Referat dazu hieß der Generalsekretär Dr. Wendlandt, der nach einem kurzen Bericht der „Tgl. Rundschau“ n. a. ausführte, daß die Arbeiter nur im verhältnismäßig kleinen Umfang zu den Steuern herangezogen werden, während sie große Summen für ihre Gewerkschaften opfern, deren Vermögen jüngst über 51 Millionen Mark beträgt. Es sei deshalb Pflicht der Arbeitgeber und im Staatsinteresse, das Einkommen der Arbeiter genau zu deklarieren. So begründet sei, daß gegenüber der terroristischen Tätigkeit der Sozialdemokratie ein Konzentrationspunkt der nicht-sozialdemokratischen Arbeiter in den nationalen Gewerkschaften gefunden sei. Direkt zu unterscheiden sei der katholisch geprägte Bund vaterländischer Arbeiter. Bei den Enquêtes für die sozialpolitischen Gesetze, besonders bei der Beratung der Arbeitszeit für Frauen sollte man die Frauen selbst befragen. Wahrscheinlich werde jetzt die allgemeine Beratung der Arbeitszeit auf zehn Stunden wieder in Kraft gesetzt werden, ohne Befragen der Industrie und ohne Befragen der Frauen, die doch ein erhebliches Wort mitzusprechen hätten. Das Arbeitseamt sei nicht nötig, da die Organisation der Arbeiter schon alles erledige. Gegen die Hochstift sozialpolitischer Anträge im Reichstag müsse seitens der deutschen Industrie energisch protestiert werden. Es sei ferner nicht mit Stillschweigen zu übergehen, daß die Industrie zur moffenden Kuh gemacht werde, um dem sozialpolitischen Drang genüge zu leisten. Die Gewerkschaften seien daher zu unterstützen. Die Gewerkschaften seien daher zu unterstützen. Die Gewerkschaften seien daher zu unterstützen.

Man sollte eigentlich annehmen, daß der Angestellte einer industriellen Vereinigung hin und wieder einmal etwas Neues vorbringen könnte. Was aber der Herr Dr. Wendlandt hier sagt, ist nichts als „olle Ramen“. Seine Behauptungen sind schon so oft widerlegt worden, daß es sich kaum verlohn, nochmals darauf einzugehen. Wie lächerlich ist nicht die Behauptung, daß die Arbeiter zu wenig zu den Steuern herangezogen werden, während sie andererseits große Summen für die Berufssorganisation opfern! Herr Dr. Wendlandt, der doch wahrscheinlich auch etwas von Nationalökonomie zu verstehen glaubt, vergibt anscheinend, daß die Lohn, die die Arbeiter in Form von indirekten Steuern tragen, viel größer ist als die, welche auf den Schültern der wohlhabenden Klassen ruhen. Und dann noch eins! Mit auch der Beitrag an direkten Steuern bei den Arbeitern scheinbar niedrig, so wird doch seine Bezahlung viel schwerer empfunden, als die höhere Summe, die der Reihe an Steuern entrichten muß.

Einfach lächerlich ist dann der Hinweis auf die Organisationsbeiträge. Für das Geld, das der Arbeiter an seine Organisation zahlt, erhält er ja viel Gelegenheiten, doch sich der aufgewandte Betrag überaus gut rentiert. Das darf der Generalsekretär industriellen Vereinigung allerdings nicht zugestehen.

Besonders herausheben wollen wir die Empfehlung des Bundes vaterländischer Arbeiter. Wer bisher noch daran geweckt hat, daß es sich dabei um gelbe Organisationen handelt, dem wird jedenfalls

die Empfehlung des Dr. Wendlandt die letzten Gedanken genommen haben.

Recht auffallend will es uns erscheinen, daß verlangt wird, bei der Beratung der Maximalarbeitszeit für Frauen hätten diese in erster Linie mit befragt werden müssen. Nun, der Herr Generalsekretär möge sich berühren. Es wäre keine nennenswerte Opposition unter den Arbeitern gegen die Heraussetzung des Maximalarbeitsstages hervorgegangen. Denn als Arbeitnehmer möchten wir jenen, die mit der Beratung der Arbeitszeit auf 10 Stunden nicht einverstanden ist, wenn ihr der frühere Lohn weitergezahlt wird. Jüngst, wie werden und den Fall werten, und ein anderes Mal, wenn bei irgend einer sozial- oder wirtschaftspolitischen Angelegenheit nur einzig die Unternehmer befragt werden, darauf zurückkommen und unter Berufung auf Herrn Dr. Wendlandt auch verlangen, daß die Arbeiter gehört werden.

Und dann die Klagen über die Belastung der Industrie durch die Sozialpolitik! Man sollte doch endlich damit aushören; denn Eindruck machen sie nicht mehr. Bis jetzt hat sich noch immer gezeigt, daß die Industrie trotz der auf ihr ruhenden sozialpolitischen Lasten sich recht wohl gefühlt hat und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt keineswegs eingeschüchtert hat. Die Drohung, daß das Kapital bei stärkerer Belastung sich von der Industrie einem lohnenderen Gebiete zuwenden werde, nimmt niemand ernst. Denn bis jetzt ist die Industrie immer noch dasselbe Feld gewesen, auf dem das Kapital am besten sich rentiert hat. Man sieht also, die Ausführungen des Herrn Generalsekretärs halten eine Krücke nicht aus. Daß sich die politischen Parteien dadurch auch nur im geringsten in ihrer Stellung zu den eingebrachten sozialpolitischen Anträgen bestimmen lassen werden, kann als ausgeschlossen gelten. Auch auf die Regierung werden sie kaum einen Eindruck machen. Herr von Behrmann-Hollweg hat erst kürzlich noch auf dem zweiten deutschen Arbeitersongress herabgehoben, daß die Sozialpolitik in Deutschland nicht ruhen soll. Es ist also leeres Stroh, das im Bunde der Industriellen gedroschen worden ist.

□ Zum konservativ ultramontan-antisemittischen Arbeitersongress.

In der Zeit vom 20.—22. Oktober hat in Berlin der sogenannte zweite deutsche Arbeitersongress stattgefunden. Der erste Kongress dieser Art fand bekanntlich in Frankfurt a. M. im Jahre 1903 statt. Es finden sich auf diesen Tagungen zusammen die christlichen Gewerkschaften, die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die konfessionellen Gesellen- und Junglingvereine, die katholischen Fachabteilungen u. a. Alle diese Organisationen zusammen zahlten 1903 mit rund 800 000 und wollen es jetzt auf über 1 100 000 Mitglieder gebracht haben. Das darf man nicht zu wörtlich nehmen; nicht nur, daß viele Doppelmitgliedschaften dabei sind, die wir auf etwa 400 000 schätzen, sind besonders in den konfessionellen Arbeitervereinen ein Drittel bis die Hälfte kleine Unternehmer, Lehrer, Beamte, Pastoren usw. Die angegebenen Gesamtzahlen enthalten mittlerweile einen erheblichen Teil Nichtarbeiter. Wir erwidern das nicht, um den Kongress mit kleinen Mitteln zu bekämpfen, sondern warnen nur vor Überchwänglichkeit.

Unbedingt über die Stellung der Gewerkvereine zum Kongress einige Bemerkungen, weil es auch diesmal an Verdrehungen und Entstellungen darüber nicht gescheut hat! 1903 haben die Männer des Kongresses den Verband der Deutschen Gewerkvereine anfänglich zu den Vorarbeiten herangezogen. Später lehnte der Zentralrat die Beteiligung ab, weil er ja beschlossen hat, die Gewerkvereine könnten auch bei aktiver Mitwirkung nicht verhindern, daß der Kongress ein politisch-reaktionäres Gepräge bekomme.

Der Kongress 1903 war ein ähnlicher Erfolg, aber der Verlauf der Dinge zeigte, daß mit dem Dekmantel „christlich“ nur das reaktionäre Wesen verhüllt wurde. Ob das so geworden wäre, wenn die Gewerkvereine dabei gewesen wären, darf man bezweifeln, kann es aber nicht überläßig verneinen. Eine Reihe von Freunden der Gewerkvereine hatte den dringenden Wunsch, daß wir uns diesmal an dem Kongress beteiligen sollten, um ihm seinen politisch mehr konservativ-antisemitischen Charakter zu nehmen. Und in Interesse einer einheitlichen Kundgebung aller nationalen Arbeiter wäre die Verbandsleitung wohl dazu bereit gewesen, wenn der Charakter des Kongresses als ein rein nationaler Arbeitersongress von vornherein sichergestellt worden wäre. Diesbezügliche Versuche hat Erzähler Staatsminister Frhr. v. Berlepsch gemacht, wie auf dem Kongress durch einen Delegierten festgestellt wurde. Die Verhandlungen sollen demnächst in der „Sozialen Postk“ der Deutschen Gewerkschaft übergeben werden. Wir unjernerseite können das nur begrüßen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wollte und aber nicht auf dem Kongress haben, er lehnte jede vorherige Verständigung ab und überließ es uns, ob wir der öffentlichen Einladung folgen wollten. Das tatet wir natürlich nicht, schon weil die Einladung sich an alle christlichen und nationalen Organisationen richtete.

Weshalb wollen die Herren uns nicht unter sich haben? Zwei Gründe sind die ausschlaggebend: Die konservativ-antisemitische Strömung in der christlichen Arbeitersbewegung will nichts mit den mehr freiheitlich geistigen Gewerkvereinen zu tun haben. Das ist ein rein politischer Grund, der aber mit der Religion nach außen umleidet wird. Sagte doch Herr Behrens dieser Tage bei einer Gelegenheit, daß er sich mit seinem Christ-Dunkerischen gemeinsam an den Tisch setze, bevor dieser nicht sein offenes Bekenntnis zum evangelischen Glauben abgelegt hat. Den weiteren Grund deuten wir hier nur an und behandeln ihn weiter unten genauer. Er lautet: so wie der Kongress heute ist, ist er ein Rahmen um das Bild „christliche Gewerkschaft“, weiter nichts. Sogar die katholischen Fachabteilungen, die absoluten Gegner des Streiks, siehe nur dort zur höheren Ehre ihrer wütendsten Gegner, der christlichen Gewerkschaften. Weiter spielen sie keine Rolle und werden nur ausgelöscht, wenn ihre Vertreter etwas sagen. Das wäre anders in dem Moment, wo die Gewerkvereine auf dem Kongress sind. Sie würden sich nicht als Stufenleiter für christliche Gewerkschaften gebrauchen lassen. Kein Wunder daher, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften uns nicht dabei haben will.

Unter den gegebenen Umständen war also die Beteiligung der Gewerkvereine am Kongress unmöglich. Und der Zentralrat hat dies in einer Entschließung mit dem politisch-reaktionären Charakter des Kongresses begründet, der unter der „christlichen“ Flagge verborghen wurde. Das war der Kongressleitung recht unangenehm, und Herr Behrens erteilte sehr ungern dem Delegierten des Saarverbandes evangelischer Arbeitervereine ein Drittel bis die Hälfte kleine Unternehmer, Lehrer, Beamte, Pastoren usw. Die angegebenen Gesamtzahlen enthalten mittlerweile einen erheblichen Teil Nichtarbeiter. Wir erwidern das nicht, um den Kongress mit kleinen Mitteln zu bekämpfen, sondern warnen nur vor Überchwänglichkeit.

Noch deutlicher redet die Presse. Die „Reißer Zeitung“ (Zentrumblatt) verzapft in ihrer Nummer vom 23. Oktober:

„Zu begreifen ist das offene Geständnis der Gewerkvereine, daß sie vom Christentum nichts wissen wollen.“

Gewerkvereins-Teil.

5. Dortmund. In der am Sonnabend, 12. Oktober, stattgefundenen Mitgliederversammlung des bisherigen Ortsvereins der Eisbäder wurde nach einem Vortrag des Kollegen Dr. E. über „Arbeitssektariats“ einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck brachte und sich verpflichtete für den Fall der Gründung eines Arbeitssektariats in Dortmund einen Beitrag von monatlich 15 Pf. pro Mitglied zu leisten. Gleichzeitig wurde das Bedauern ausgesprochen, daß die Eisbädervereine der Maschinenbau fü dem Plane gegenüber abweichen verhalten.

9. Dresden. Die christlichen Gewerkschaften haben sich am Dienstag, den 15. Oktober, hier wieder einmal im richtigen Maße gezeigt, als Böle in Schatzspalten. Gleichzeitig einer christlichen Arbeiterinnenversammlung behauptete, ohne aus nur den Schichten einer Bewegung, die christlichen Gewerkvereine und Agitatorin Dr. Böhme-Berlin, die die Gewerkvereine religiöslos seien. Ja, Dr. Böhme, die in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und jetzt wieder auf dem zweiten deutschen Arbeiterfronte eine führende Rolle spielt und als Ausdruck und beobachtete Verstärkung ihrer antisozialdemokratischen Gefühle und Tätigkeit seinerzeit bei dem Reichsamt und sonderte, erklärte sogar: „Die Arbeiterinnen sollten, bevor sie in den Reichsversicherungsamt eingeflossen wären, lieber bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften sich organisieren“. Diese höchst unchristliche und antinationalistische Handlungsweise dieser christlichen Agitatorin verdient niedriger gedankt zu werden und muß all Kollegen zum Protest aufrufen und zur Organisierung unserer Frauen und Mädchen in der wirklich nationalen Arbeiterinnenorganisation, dem Gewerkverein der Deutschen Frauen und Mädchen.

9. Grimmaischen. Am letzten Sonntag stand hierfür eine Beisitzversammlung des Ortsverbands Grimmaischen, Schmölln und Altenburg statt, die von Vertretern der genannten Orte, aber auch von Kollegien aus Zwickau und Werdaus stattgefunden hat. Seitens des geschäftsführenden Ausschusses war der Verbandsarbeiter, Kollege Lewin, in der Sitzung entstanden. Da der Zweck der Konferenz in erster Linie eine Ausprache bilden sollte über die Art der weiteren Agitation, hielt Kollege Lewin zunächst ein einleitendes Referat, in welchem er unsre Stellung in der Arbeiterbewegung darlegte und die Aufgaben schuberte, die daraus erwachsen. Neben wies nach, daß es notwendig sei, bei den der Organisation bereits angeschlossenen Kollegen Auflösung zu schaffen über die Grundsätze der Deutschen Gewerkvereine. Optimal, überzeugend, treue, Disziplin und Rücksicht gegenübe rden Ortsvereinen müssen vor allen Dingen gepflegt werden. Nach außen hin zur Gewinnung neuer Mitglieder muß das Hauptgewicht bei der Agitation gelegt werden auf eine unermüdliche und rasche Kleinarbeit. Nicht in großen öffentlichen Versammlungen, in denen es meist nur zu zwecklosen Auseinandersetzungen mit den Gegnern kommt, werden Mitglieder gewonnen, sondern durch persönliche Einwirkung, die nicht gemeinsam hat mit dem von den sozialen Geübten Terrorismus. Von Haus zu Haus, von Haus zu Haus muß die Agitation gehen. Am Bierfest, auf dem Wege von und zu der Fabrik, und anderen Gelegenheiten muß der überzeugte Gewerkvereiner immer daran denken, neue Mitglieder zu gewinnen. Neben dieser

persönlichen Agitation muß der Vertrauensmännerapparat eingeschürt und fortwährend ausgebaut werden. Endlich darf auch die Bedeutung der Presse nicht unterschätzt werden. Wer unsere Bewegung und die Vorgänge im öffentlichen Leben kennen will, der muss vor allem unsere eigene Presse kennen und insbesondere Lesezeitschrift des „Gewerkverein“ sein. Nicht unterlassen werden darf auch die Bearbeitung der örtlichen Presse, die fortwährend über die Vorgänge innerhalb der Gewerkvereine und des Ortsvereins unterrichtet werden müssen durch kleine Aufsätze, Versammlungsberichte und dergleichen. Dann werden wir auch in der Öffentlichkeit dankbar, geachtet und als ein Werk angesehen, mit dem man rechnen kann. Die auf dem Vortrag folgende, übersaus rege Diskussion, bewegte sich durchweg im Rahmen des Referats, und die Begeisterung, die die Anwesenden erfüllte, und die lebhafte Zustimmung, die dem Redner gezollt wurde, ist ein Beweis dafür, daß die Versicherungen, in dem Sinne zu arbeiten und zu schöffen, gehalten werden.

9. Kassel. Auf dem bisherigen „Hochsommer-Alter“ geht es zu wie in einem Laubengang. Die Arbeiter halten nicht lange aus, weil die Zorn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse überaus ungünstig sind. Natürlich herrscht fortwährender Arbeitsmangel, und da in der Nähe sehr Arbeiter aufzutreiben sind, da sie die Verhältnisse kennen, so reisen die Agenten für das Werk in Sachsen herum, um dort Arbeiter anzutreiben. Denjenigen, die den Vorschriften der Agenten folgen, kann nur dringend empfohlen werden, wenn ihnen der Sohn von 4,50 Pf. pro Tag versprochen wird, sich denselben bei den Werken kirchlich garantieren zu lassen, damit sie nicht später, wie dies häufig vorgekommen ist, sich mit einer niedrigeren Summe begnügen müssen. Rüdiger auf Kunst in dieser Angelegenheit erstellt unter Kollege R. Bühlings, § 26 d, Untertrage 581.

Verbands-Teil.

Ortsvereinskretäre in Berlin und Umgegend!

Diejenigen Ortsvereine, denen ich für die nächste Zeit einen Vortrag zugesagt habe, werden erfuhr, mit Datum und Thema möglichst bald nochmals mitzuteilen.

Karl Erkelenz, Verbandssekretär.

Versammlungen.

Berlin. Disziplinärversammlung der Deutschen Gewerkvereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, 921/228. Sitzung jeden Mittwoch, ab 8½ bis 10½ Uhr. Vortrag des Herrn Architekten Schupp, als Vorbereitung für den Besuch des Kaiser Friedrich-Museums. Gäste, auch Freunde von Mitgliedern, herzlich willkommen. — 24. Oktober. Disziplinärversammlung Berlin NW. Sitzung 1/9 Uhr, Waldstraße 53. Gäste willkommen. Sängerkorps der Deutschen Gewerkvereine (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr. Neubrandenburg im Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Mittwoch, 23. Oktober. Maschinenbau u. Metallarbeiter VII. Abends 8 Uhr Versammlung bei Junke, Tüfflerstr. 41. Vortrag des Kollegen Schumacher über unsere Krankenfasse. — Sonnabend, 26. Oktober. Maschinenbau u. Metallarbeiter I. Herbstversammlung in den Germaniahallen, Graue Schatz. Der Saalabend fällt aus. — Maschinenbau u. Metallarbeiter VIII.

Abends 8½ Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstr. 222. L.-O.: Vortrag des Kollegen Wölter über Papierfabrikation. Monatsbericht. Bericht von der Kommission. Einleitung der Quittungsbücher u. s. — Maschinenbau u. Metallarbeiter XII. Abends 8½ Uhr Versammlung im Betriebslokal, Brunnestra. 41. L.-O.: Bericht. Anträge zur Krankenfasse. — Maschinenbau u. Metallarbeiter III. Zahlabend von 8—10 Uhr im Vereinshaus, Waldstr. 58.

Lettzig, Leipzig. Sonnabend 26. Oktober, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Verbandshaus, Stadt Hannover, Eichgraben 25—27.

Orts- und Redigierverein.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Hofsaal des Herrn Böhl-Schulte-Pattler, Disziplinärversammlung. — Sachsen (Disziplinärversammlung). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walther, Jägerhof. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hiltmanns Hotel, Disziplinärversammlung. — Sachsen (Disziplinärversammlung). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Walther, Jägerhof. — Spandau (Disziplinärversammlung der Deutschen Gewerkvereine, G.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Betriebslokal am Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Sachsen (Sängerkorps der Deutschen Gewerkvereine). Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Probe, Schäfferstr. 33. Gäste willkommen. — Sachsen (Ortsverband). Jeden dritten Sonntag im Monat, morgens 11 Uhr Versammlung im Restaurant „Zur Post“, Mühlstraße 72. Sonntag, 2. November, morgens 11 Uhr, Verbandsversammlung in Saaren, Hauptstr. 145. Endwigshof. — Dorsten (Disziplinärclub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Hofsaal des Herrn Bebe, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — Dresden (Disziplinärclub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 Uhr im Sandbergbau, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — Hannover-Linden u. Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 3. November, morgens 10 Uhr, Auskünftetag in der Königswohrt, Südfstr. 12.

Niederungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin III (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Oskar Schulze, Schriftführer, Rosenthalstraße 48, vom IV.

Altmauer I. Görl. (Ortsverband). Hermann Baumann, Postfach 1, Görlitz 10a. — **Maschinenbauer, VIII. Bezirk.** Heinrich Lange, Bezirksbeamter, ab 28. Oktober, Bismarckstr. 70 III.

Literatur.

Le Traducteur und The Translator sind zwei halbmonatlich erscheinende Blätter der französischen, englischen und deutschen Sprache. Sie sind so eingerichtet, daß dem französischen oder englischen Original gute Überlebensungen oder erläuternde Fußnoten beigegeben sind, die dem Lesenden leicht über die Schwierigkeiten hinwegführen und das Studium äußerst angenehm und fast müßig machen. Außerdem vermitteln diese Blätter die Korrespondenz in fremder Sprache, so daß mancher unsrer Leser in ihnen ein willkommenes Mittel zu seiner Selbstvollkommenung findet wird. Von Neuzeit 1908 an erscheint im gleichen Verlag Le Traducteur (italienisch-deutsch). Probenummern kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ oder des „Translator“, in 8a Chauvet-Saint-André (Schweiz).

Anzeigen-Teil.

■■■ Jenseits werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ■■■

Verbandsbüro der Deutschen Gewerkvereine.

Durch unser Büro sind folgende Schriften zu beziehen:

Schrift zum 70. Geburtstag des Kanzlers von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Sammlerdruck des Verbandsbüros Dr. Max Hirsch

160×280 mm. Preis 50 Pf.

Zeitschrift zum Gewerbegelehrten von Dr. Margaretha. Preis 50 Pf.

Wegweiser durch die Kufallversicherungsgesellschaft von Karl Goldschmidt. Preis 20 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf.

Schrift der Deutschen Gewerkvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für

Gewerkvereiner 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare

4 Mt., 20 Exemplare 7 Mt., 50 Exemplare 9 Mt. und

500 Exemplare 12,50 Mt.

Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine von Wilhelm Gleihauf. Preis für Gewerkvereiner 2,40 Mt.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkvereine. —

Schrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkvereine (Fisch-Dünker) von Dr. Margaretha. Preis 1 Mart.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gelehrtenbücher, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbüro zu bezahlen.

Der Bestellung bitten wir bitte den Geldbetrag beizufügen, da anderfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsleiter

Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28.

Das Bureau des Centralauss.

Rudolf Klein.

Deutschen Gewerkvereine

(Fisch-Dünker).

■■ Eine kurzgefaßte Geschichte ■■ ihrer Gründung und Entwicklung

von

Karl Goldschmidt.

Eine ausgezeichnete Titelblattenschrift für alle diejenigen, welche für die Ideen der Deutschen Gewerkvereine schreiben wollen.

Zu beziehen gegen vorherige Einwendung des Betrages von 50 Pf. einschl. Porto vom Verbandsleiter Rud. Klein.

Stellenlose

Handelshilfsarbeiter, Hansdiener, Täcker u. c. erhalten Stellung nachgewiesen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins des Handelshilfsarbeiter. Melbungen an den Kollegen Hilbert, Berlin SW. Kochstraße 56.

Hohen Nebenverdienst kann jeder techn. u. kaufm. Angestellte auf vornehme, durchaus nicht anstössige Weise erwerben. J. Emil Andreu, Potsdam 41.

Hagen (Ortsverband). Arbeitsnachweis und Vergleichungskarten bei Carl Schambach, Hagen, Bergstr. 56.

Freiburg a. St. (Ortsverband). Durchgehende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pf. bei L. Sapper, Hauptstraße 48.

Würzburg-Glaubach (Ortsverband). Durchgehende Kollegen erhalten Rücksichtnahmehilfe beim Verbandsbüro S. Kahl, Hardtbachstr. 144. Arbeitsnachweis: Rüptendorfstr. 144.

Technische Selbstunterrichtswerkstatt System Karack-Hackel Elektrotechnik, Elektroingenieur-Elektromot. Elektroinstallateur, Elektroingenieur-Maschinenkonstruk., Werkmeister, Monteur, Werkzeug-Maschinenbauer, Baugewerksmeister, Zimmermeister, Maurermeister, Baustellschäfer, Steinmetzmeister, Stukkateur, Tiefbauingenieur, Schlosser, Eisenbautechniker, Schlosser, Schlosser, Kunst- und Möbelstischler, Installateur, Glasmalende Künstler, Ansichtsdruckerei, Praktikant und Amerikanerdruckerei, gratis. F. Böhme & Hackfeld, Potsdam L. 8.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben bekanntlich einen Antrag auf Einführung des Verhältniswahlrechts, den unser Kollege, Stadtverordneter Goldschmidt, gestellt hatte, abgelehnt. Diese eigenartigen „Arbeiterfreunde“ kennen nur Parteigenossen. Wer nicht zur roten Fahne schwört, kann noch so erfolgreich sein als Arbeiter für die Arbeiter, das gilt alles nichts. Wer hingegen als sozialdemokratischer Budler, Zigarettenpäckchen usw. mit seiner Gestaltung obendrein ein guutes Gesicht macht, der ist der wahre Jakob, dem die „ausgefächerte“ Masse blindlings folgt und — Häuser baut.

Im 11. und 12. Kommunalwahlbezirk, III. Abteilung, sind den sozialdemokratischen Kandidaten Gewerbevereine entgegengetreten worden. Im 11. Q.-W.-Bezirk kandidiert Hermann Eysenhäuser, Mitglied d. S. d. Rauhente und im 12. Q.-W.-Bezirk Gust. Schmidauer, Mitglied des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Beide Kandidaten liegen im Südosten von Berlin.

Der liberale Kandidat für den 8. Q.-W.-Bezirk, III. Abteilung (Hafenheide), Herr Emil Hüssi, tritt aus eigenem Antrieb mit, daß er für die Einführung des Proportionalwahlrechts energisch eintritte.

Wer sich dieser Erklärung anschließt, für den wie für unsere beiden Verbundskollegen werden wir eintreten. Wir bitten alle Verbundskollegen, den Kampf mit aller Stärke und Entschiedenheit zu führen, denn es gilt der Unruhdank der Gegner unserer Gewerbevereine einen fühlbaren Stoß zu verzeihen.

Mit dem 10ständigen Maximalarbeitszeittag für Arbeiterinnen scheint es trotz der neuen Novelle zur Gewerbeordnung noch nichts werden zu wollen. Wenn die Mittelungen, welche die „Köln. Volks-Ztg.“ macht, richtig sind, so entfällt die angekündigte Novelle lediglich die Festlegung der 60 stündigen Maximalarbeitswoche für Arbeiterinnen und bestimmt dabei, daß lediglich nicht über 11 Stunden gearbeitet werden darf. Die Nacharbeit für Arbeiterinnen wird verboten, dagegen wird in dem Entwurf die Mitgabe von Arbeit ins Haus nicht unterfragt. Es besteht kein Zweifel, daß der Vorschlag der Nov. Maximalarbeitswoche bei Zustellung der 11 stündigen Arbeitstage dahin führen wird, daß an den ersten 5 Wochentagen 11 Stunden gearbeitet werden wird, am Sonnabend aber nur des Vormittags von 7 bis 12 Uhr, so daß der Nachmittag für die Arbeiterinnen frei wird. Der ganze Vorteil der Novelle befindet dann darin, daß den Arbeiterinnen ein freier Sonnabendnachmittag gewährt wird. Das ist zweifellos ein Vorteil. Das trog allerdings am 11 stündigen Arbeitstag der Arbeitnehmer festgehalten wird, muß aber überall starke Erregungen erzeugen, da bisher immer verlautete, daß die Gewerbeordnungsnovelle den geleglichen Schuhstundentag bringen würde.

Einen unberichtigten Eingriff in die Selbstverwaltung der Hilfsklassen hat sich die Bromberger Polizeibehörde gegenüber der Frankenfürstungsfasse des Gewerbevereins der Schuhmacher und Lederarbeiter erlaubt. Weil in der Kasse des Ortsklasslers ein kleiner Überschuss vorhanden war, hat die betreffende Polizeiverwaltung an den Hauptvorstand in Berlin das Ausführen gerichtet, sämtliche Beläge, durch welche die richtigen Einnahmen und Ausgaben der betreffenden Verwaltungsstelle dargestellt werden, zur Einsichtnahme einzufordern. Dieses Eruchen hat der Hauptvorstand berechtigterweise mit folgender Begründung abgewiesen:

„In Beantwortung der gerichteten Einsicht vom 21. Juli, T. B. F. III Nr. 3946, kann der Hauptvorstand dem Büro für die sämtlichen Beläge der Ortsverwaltung Bromberg vom 5. April 1906 ab zur Einsichtnahme zu überlassen, nicht zulassen. Es wäre dies ein Eingriff in das Selbstverwaltungsgesetz. Die Rechte der Ortsklassenbehörden sind durch § 85 des Hilfsklassengesetzes geregelt. Hier nach (Abschnitt II) sind die Kosten verpflichtet, dem amtlichen Kassier die Bilder und Beläge im Geschäftsräum der Kasse vorzulegen. Die örtlichen Verwaltungsstellen werden von den örtlichen Ortsklassenbehörden, die Hauptkasse wird vom Berliner Polizeipräsidium kontrolliert. Die Aufsichtsprüfung der Beläge der Ortsverwaltungen ist Sache der Hauptverwaltung. Eine Herausgabe dieses Materials könnte nur im Wege einer strafrechtlichen Untersuchung als Beschlagnahme herzeführt werden. Auf Grund dieser Erwägungen und unter Wahrung des Prinzips der Selbstverwaltung kann der Hauptvorstand zu dem ablehnenden Beschuß.“

Trotz alledem gibt sich die Bromberger Behörde damit nicht zufrieden, sondern hat die ganze Angelegenheit dem Berliner Polizeipräsidium zur weiteren Bearbeitung unterbreitet, so daß der Hauptvorstand sich genötigt sieht, in seiner nächsten Sitzung nochmals Stellung zu der Frage zu nehmen. Man darf auf den Ausgang der Sache recht gespannt sein.

Arbeiterbewegung. Bei der Bremer Straßenbahn haben die Schlosser, Dreher und Schmiede Forderungen auf Lohnsteigerung und Verbesserung der

Arbeitsverhältnisse gestellt. Da die Direktion jedes Entgegenkommen ablehnte, wurde die Arbeit niedergelegt. — In Rüsselsheim a. Main droht eine umfangreiche Ausperrung der Metallarbeiter. Die in der Motorwarenfabrik von Opel beschäftigten Arbeiter haben nämlich Forderungen auf Herabsetzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnsteigerung gestellt. Als auf den ablehnenden Beschuß hin etwa 200 Arbeiter die Kundgebung einreichten, wurde seitens der Firma auch die Auseinandersetzung eingeleitet. Wenn bis zum 2. November keine Einigung erfolgt, würden etwa 1500 Arbeiter arbeitslos werden. — Bei der Firma Adler & Oppenheimer in Ingolstadt, Straßburg sind gegen 400 Lederarbeiter im Ausland getreten, weil die Firma eine 10 prozentige Lohnsteigerung, die Einführung der 8 täglichen Lohnzahlung und verschiedene hygienische Forderungen ablehnt. — In der Gummifabrik von Böhl & Co. in Bremen sind Differenzen ausgetragen. Als unmittelbar die Forderung auf Erhöhung der niedrigen Löhne von der Firma abgelehnt wurde und ein Arbeiter versucht, trotzdem weitere Zugeständnisse von der Firma zu erlangen, wurde er entlassen. Dies wurde von seinen Kollegen als Regelung „ausgeföhrt“ und die Arbeit niedergelegt. Der Streik der Metallarbeiter bei der Firma Schütte in Köln-Ehrenfeld wegen Entlassung eines Schlossers, der sich geweigert hatte, Überflutungen zu machen, ist nach brachialer 6 wöchentlicher Dauer zu ungummierten der Arbeiter beendigt worden. Bei den Streikern gehörten auch mehrere Mitglieder des Metallarbeiterverbands. — Bei der Waggonbauanstalt von Siebziger in Dresden und Riederstedt sind Differenzen ausgetragen. Sämtliche Stellmacher und Maschinendarbeiter wurden ausgesperrt. — Wegen der Forderung des 9 stündigen Arbeitstages kündigte der Verein der Schuhfabrikanten in Dresden den Schuhmachersgeissen die Ausperrung für den 9. November an.

In England treffen die Eisenbahner bereits die Vorbereitungen zum Streik. Die irischen Zweigvereine haben die Abstimmung vorgenommen, die mit überwältiger Mehrheit dem Streik günstig ist. In England und Schottland selbst dürfte kaum ein anderes Resultat erzielt werden können. — In Rotterdam dauert der Streik der Hafnarbeiter noch fort. Infolgedessen hat die Vereinigung der Reedereien beschlossen, die Ausperrung zu verhängen, falls bis zum Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen ist.

Eine Population der Hilfsklassen ist, wie nach dem Frankfurter Kongress, so auch diesmal wieder vom Reichstag empfangen worden. Fürst v. Bismarck in der Unterredung versprochen, alles zu tun, um die Einbringung und Bekleidung eines Reichsvereinigungsgesetzes und eines Gesetzes über die Arbeitskämmern zu fördern. Er will weiter für strengere Durchführung der Sonnabendkasse und für eine demokratische Regelung der Verhältnisse in der Großindustrie, nicht ohne Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Sorge tragen. Die Sozialpolitik soll fortgeführt werden, und wenn der Fortschritt auf manchem Gebiete sich nicht so rasch vollzieht, wie es die Arbeiter wünschen, dann solle man im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat, und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Bevölkerung getragen sein muß. Nichts werde das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfang auf nationalen Boden stellt.

Wir wollen heute keine Kritik üben an den Versprechungen, die der Reichstag gemacht hat. Allzuviel Positives hat er ja auch nicht in Aussicht gestellt. Außerdem aber denken wir noch an die Vorgänge in 4 Jahren, wo der Reichstag einer ähnlichen Abordnung das Versprechen aus der gesetzlichen Anerkennung der Arbeiterschaftsvereine gemacht hat. Was daraus geworden ist, haben wir ja an dem diesbezüglichen Gesetzentwurf gesehen.

„Ein lächterlicher Streit.“ Unter dieser Stichmarke bringt der „Borwärts“ in seiner Dogmersdorfer Nummer im Februar eine Notiz, daß der Kassierer des Hirsch-Dünndorfer Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter der Ortsgruppe Dahlhausen mit der Kasse des Vereins lästig geworden ist. Die Kasse ist leider nichts zu ändern. Der betreffende Kassierer ist verschwunden, und den Kassenbestand, der nebenbei gelangt die Summe von 100 M. nicht erreichte, wovon noch ein Teil durch Räumung gelebt ist, hat er mitgenommen. Damit ist lediglich erwiesen, daß ein lästiger Kassierer den ihm übertragenen Vertrauensposten gemisbrannt hat. Das ist bedauerlich, kommt aber überall und nicht zum wenigsten in sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen vor. Nur zwei Fälle aus allerjüngster Zeit. Der Kassierer Hermann Voigt von der Verwaltungsstelle des freien Zimmererverbands in Magdeburg wurde am 8. d. M. aus dem Ver-

bande ausgeschlossen wegen Fehlbeträge in der Höhe von etwa 360 M. — Der Hilfsstabsarbeiter des sozialdemokratischen Maurerverbands, Leibiger in Zwischenau, wurde wegen Unterschlagung von Verbandsgebern im Betrage von 142 M. zu sieben Wochen Gefängnis verurteilt. Wie würde es dem „Borwärts“ gefallen, wenn alle diese Fälle von uns registriert würden etwa mit der Überschrift: „Flüchtige Ochsen?“ Wir berichten auf eine derartige Kampfweise genau, um in Nr. 76 bereits festgelegten Grundsätze, daß wir es für verwerthlich halten, für das Vertragen eines einzelnen die Gesamtheit verantwortlich zu machen. Uns wurde damals die zweifelhafte Ehre zuteil, sogar vor der „Metallarbeiter-Zeitung“ deswegen gelobt zu werden. Der „Borwärts“ scheint sich in diese Kampfart nicht hineinfinden zu können. Nach den bisherigen Erfahrungen war das von jener Streitbrecher-Redaktion auch nicht zu erwarten.

Ein verständiges Recht betrifft der Zulassung von Arbeitervätern als Vertreter hat das Gewerbeamt in Jena gefällt. An vielen Orten werden nämlich die Beamten der Organisationen von den Vorständen der Gewerbevereine als Vertreter der Arbeiter abgelehnt unter Berufung auf den § 31 des Gewerbeamtsgesetzes, der eine geschäftsmäßige Vertretung nicht zuläßt. Diese Praxis sucht sich dieser Tage ein Tischlermeister in Jena zunutze zu machen, indem er beantragt, den Vertreter seines Gegners, einen Arbeiterschreiter, nicht zugelassen. Nach ziemlich eingehender Beratung wies das Gewerbeamt jedoch den Einwand zurück und ließ den Arbeiterschreiter als Vertreter zu mit der Begründung, daß das Gesetz nur Rechtsanwälte und Geschäftsagenten von der Vertretung vor dem Gewerbeamt ausgeschlossen wollte, nicht aber auch die Vertreter von Auskunftsstellen, deren Errichtung der Gelehrte nicht voraussehen konnte. Ubrigens müsse auf diesem Gebiete etwas Toleranz, aber keine Schikanie gelten werden.

Das Gewerbeamt in Jena hat schon mehrfach durch seine verständige Rechtfertigung von sich reden gemacht. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß dieses neueste Urteil die gebührende Beachtung findet und dazu führt, daß auch anderwärts mit der Liebung gebrochen wird, Arbeiterbeamte von der Vertretung auszuschließen. Das allerfeinst freilich wäre es, wenn durch eine Novelle zum Gewerbeamtsgesetz ausdrücklich bestimmt würde, daß die Beamten von Arbeitervätern nicht unter den § 31 fallen, sondern ohne weiteres als Vertreter zugelassen sind.

Eine Juvalden-, Venkons-, Witwen- und Waisenkasse haben die Howaldtswerke in Dietrichsdoerf 5. M. zu gründen beschlossen, oder vielmehr, sie wollen ihre bisherige Hilfsklasse in eine solche umwandeln. Mitglied der neuen Wohlfahrtsseinrichtung sind jeder Arbeiter der Howaldtswerke werden gegen einen wöchentlichen Beitrag von 40 Pf. Die Howaldtswerke selbst legen für jedes Mitglied außerdem wöchentlich 60 Pf. dazu. Dafür erhält ein Mitglied nach 10jähriger Mitgliedschaft, wenn es tatsächlich geworden ist, gleichviel ob durch Unfall oder Krankheit, pro Jahr 100 M. Pension, eine Summe, die sich bis auf 250 M. nach 40jähriger Zugehörigkeit steigert. Eine Einschränkung ist insofern vorhanden, als die Howaldtswerke als Höchstleistung pro Jahr 3100 M. Zuschuß zahlen, einen Betrag, der in seinem Verhältnis zu der Zahl von 3000 beschäftigten Arbeitern steht. Gemerkenswert aber sind die Bedingungen für die Aufnahme in die Kasse. Man muß nämlich vorher die Erklärung abgeben, daß man „weder einer freien Gewerkschaft oder sonstigen sozialdemokratischen Vereinigung angehört, noch sich durch Halten der sozialdemokratischen Briefe und Eintritt in sozialdemokratische Ideen als Angehöriger dieser Partei dokumentiert“. Der Begriff der „sozialdemokratischen Ideen“ geht bekanntlich sehr weit. Ost wird schon die Forderung einer Lohnsteigerung als sozialdemokratische Bestätigung aufgefaßt. Man darf danach ohne weiteres annehmen, daß die ganze Gründung der Kasse nur den Zweck hat, dem Werk eines Stammes gefügiger Elemente zu erhalten. Es werden nämlich dort sehr niedrige Löhne gezahlt. Stofer, Dreher, former, Schiffszimmerer erhalten einen Lohn von 3,20, 3,30, 3,20—4,50 und 3,60—4,00 M. Das sind überaus niedrige Löhne, die fünf Schefel der Arbeiter Fahrgesellen bezahlen müssen, wenn sie nicht einen standortweiten Weg zurücklegen wollen.

So großes Misstrauen man also der neuen Gründung entgegenbringen muß, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß sie in erster Linie auf die wilste Agitation der roten Verbände zurückzuführen ist. Schon im Winter 1905/06 herrschte infolge der Landtagswahlkampfereignisse eine überaus erregte Stimmung. Ausländer, Blutkunde, Schergen, Generalstreik und ähnliche Ausdrücke schwirrten nur so durch die Luft herum. Das terroristische Vergehen der Metallarbeiterverbände tat ein Übriges, und unbedingt sich ein Gegengewicht gegen die unruhigen

In dieser Melodie wird es bewußt wohl im Lichte weitergehen. Demgegenüber lese man, was in unserer Entschließung steht:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine (h.d.v.) lebt es ab, der öffentlichen Aufforderung zur Teilnahme an dem 2. Arbeitersongtrek in Berlin folge zu geben, weil für diesen nicht das einheitliche Zusammenwirken aller nationalen Arbeiter-Gewerbevereine das entscheidende Merkmal ist, sondern die Anerkennung der christlichen Richtung dieses Teils der Arbeiterbewegung. Die Deutschen Gewerbevereine haben noch auf ihrem Verbandstage 1907 von neuen beschlossen, daß sie an der partei- und länderepolitischen Unabhängigkeit ihrer Organisation festhalten. Die sogenannte christliche Richtung in der Arbeiterbewegung ist eine antisemitisch-konservativ-ultramontane, während die Deutschen Gewerbevereine bei volter Unabhängigkeit von den politischen Parteien eine vollständig-freitümliche Tendenz haben.

Hier haben wir die Bedeutung gleich festgestellt. Mit keinem Wort wandten wir uns gegen das Christentum, ja mit keinem Buchstaben wandten wir uns gegen das Welterbestehen einer christlichen Arbeiterbewegung, wie sie besonders durch die konfessionellen Arbeitervereine vertreten wird. Was wir vorurteilten war, daß der Kongreß als Voraussetzung zu seiner Teilnahme den christlichen Standpunkt mache. Es kann sehr wohl ein Kongreß stattfinden, der dieselben Organisationen umfaßt, mit demselben Programm wie heute, der aber ein ausschließlich nationaler Arbeitersongtrek ist. Ein solchen Kongreß erstreden wir, und nur an einem solchen können wir uns beteiligen. Welches der Standpunkt der Gewerbevereine ist und unveränderlich bleiben muß, dafür haben wir einen klassischen Zeugen aus dem christlichen Lager selbst. In Nr. 21 des Centralblattes der christlichen Gewerkschaften schreibt H. B. (Braun) in einer Polemik gegen Herrn Mumme:

„Die Gewerkschaft als solche ist gut daran, viele interessierende Fragen und dem Berufe ihrer Beziehung anzuhören. ... Es gibt der Siedlung viele im Leben, wo Menschen der verschiedensten Anschauungen in organischer, ehmäßiger Bindung miteinander wohnen, ohne gegen ihre Grundlage zu verstören, aber auch ohne diese Grundlage in allen Teilen voll zur Geltung zu bringen, oder sich auf sie zu befreien. Zu diesen Gebieten gehört auch an und für sich die Gewerkschaftsbewegung. . . .“

Das ist der Standpunkt der Gewerbevereine, dem Kongreß gegenüber, sowohl als auch im allgemeinen. Und recht deutlich wurde letzteres noch auf dem letzten Verbandstag festgestellt und ist in allen Einzelheiten auch in der Broschüre: „Die neutralen Gewerbevereine“ dargelegt. Wir können ebenso auf einem christlichen Kongreß erscheinen, wie auf einem atheistischen, wir können aber sehr wohl mit christlichen Organisationen einen nationalen Kongreß machen. Das ist ein Standpunkt von länderloser Logik, der allen Tieren gerecht wird. So lange der Kongreß so nicht geplatzt ist, bleiben wir ihm fern.

Wir müssen es aber auch ablehnen an einem Kongreß teilzunehmen, auf dessen Vorarbeiten wir keinen Einfluß haben. Es war mehr wie naiv von Herrn Behrens zu sagen: „Wir haben ja öffentlich eingeladen, warum sind die Gewerbevereine nicht gekommen?“ Wir hätten sie nicht abgewiesen. Greifen wir 5½ Jahre zurück. Damals berief die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften einen Heimarbeitersongtrek ein. Auch sie lud nur öffentlich ein, ohne eine andere Organisation zu den Vorarbeiten heranzuziehen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften lehnte damals die Teilnahme am Kongreß ab, weil die christlichen Gewerkschaften zu einer solchen Veranstaltung nicht lediglich auf Grund einer öffentlichen Einladung erscheinen wanted. Sie verlangten Mitwirkung an den Vorarbeiten, sitzen in der Kongreßleitung, Teilnahme an den Referaten usw. Die Gewerbevereine nahmen hierbei denselben Standpunkt ein und hielten daran auch in vorliegenden Fällen fest.

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Gewerbevereinen.

Die weiteren Tabellen betreffen den Gewerbeverein der Maschinenbauer, weil bei ihm am deutlichsten die Gesamtentwicklung innerhalb der Gewerbevereine nachzuweisen ist.

Tabelle III.
Jahresseinnahmen des Gewerbevereins der Maschinenbauer 1896/1906.

Jahrgang	Budget pro Kopf sicher und zweckmäßig	Gehalts- und Bedeckungs- summe	Gehalts- und Bedeckungs- summe pro Kopf sicher und zweckmäßig	Beitragsleistung pro Kopf im Gewerbe- verein	Beitragsleistung pro Kopf im drittlinigen Wahlbereichsver-											
						1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
1896	28 891	188 481,40	4,87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1897	31 015	149 642,40	4,88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1898	33 045	161 882,90	4,89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1899	33 927	186 881,50	5,51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1900	35 826	260 969,0	7,29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1901	37 404	277 018,75	7,41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1902	40 288	291 262,10	7,28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1903	43 018	365 180,30	8,48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1904	45 796	422 889,10	9,73	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1905	45 516	498 188,75	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1906	48 199	620 522,05	12,87	28,51 ¹⁾	15,00 ²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle III zeigt uns die Entwicklung der Beitragsleistung seit 1896. Bis Oktober 1899 betrug der Wochenbeitrag 10 Pf. und stieg von da ab auf 15 Pf. Mitte 1903 auf 25 Pf. und seit August 1906 auf 35 Pf. Dabei darf man nicht vergessen, daß von 1902 ab auch die Erhebung von Volksbeiträgen eingeführt hat, die nicht in dieser Rechnung einbezogen sind. Man darf annehmen, daß der durchschnittliche Beitrag eines jeden Mitgliedes jetzt 45 Pf. pro Woche, einschließlich der Volksbeiträge, beträgt. An sehr vielen Orten schon werden 50 Pf. bezahlt. Da im Jahre 1906 nur in fünf Monaten der höhere Beitrag von 35 Pf. für die Hauptklasse in Kraft war, erzielte der rechnerische Durchschnittsbeitrag geringer, als er in Wirklichkeit ist. Das mag man besonders bei dem Vergleich mit den anderen Organisationen beachten, obwohl diese noch immer erheblich mehr bezahlen. Zweifellos ist, daß der Gewerbeverein der Maschinenbauer innerhalb der Gewerbevereine an der Spitze steht. Die anderen Gewerbevereine sollte zu einem edlen Wettkampf verzonen. Es ist da noch recht viel zu tun.

Tabelle IV ist eine wichtige Ergänzung zu Tabelle II, weil sie ermöglicht, die Entwicklung in einem einzigen Gewerbeverein über elf Jahre hinweg zu verfolgen. Die Beitragsberichtigungen bedingen eine Erweiterung der Karentzeiten für arbeitslosen- und für Streitunterstützung wurden wesentlich herabgesetzt. Daher die enormen Mehrleistungen auf diesem Gebiete. Dasselbe gilt für die Reiseunterstützung. Aber auch die Spalte 6 weist wesentlich höhere Ausgaben auf, trotzdem eine Ermäßigung der Karentzeit hier nicht eintrat. Dabei darf man freilich die Rücksicht auf die Karentzeit nicht aus dem Auge lassen, die für 1906 in Spalte 6 auf 5½ Jahre zurückgestellt wurde. Das ist eine neneingeführte Unterstützung. Aber auch ohnedies bleibt eine Steigerung des Ausgabepostens um mehr als das Sechsfache bestehen. Eine Erklärung dafür

1) Davon etwa ein Zehntel Streitbeiträge, so daß der reguläre Beitrag pro Kopf etwa 21 Pf. ausmacht. 2) Gezogene Zahlen sind zur Zeit nicht zur Hand. Der Beitrag ist eher etwas höher.

gibt nur die Annahme, daß in der Zeit der niedrigen Beiträge viele Mitglieder keine Unterstützung beanspruchten, die an sich dazu berechtigt waren. Der Prozentsatz dieser Mitglieder geht mit den höheren Beiträgen zurück, der Versicherungsbereich der Organisation kommt mehr zum Ausdruck. Damit muß man bei jeder Beitragsberichtigung rechnen. Das will sagen: man darf bei einer Beitragsberichtigung nicht die Leistungen in gleichem Maße erhöhen, denn die Ausgaben steigen schon ohnehin durch höhere Anforderungen auf den Gebieten der bestehenden Unterhaltungsberechtigungen.

Wie stark die Ausgaben teilweise gesunken sind, zeigen besonders deutlich nachstehende Berechnungen pro Kopf der Mitglieder. Es wurden im Gewerbeverein der Maschinenbauer für nachstehende Zwecke verabreicht pro Kopf:

1896 1906

Rechtschutz 8,4 Pf. 22,0 Pf.

Streit- u. Arbeitslosenunterstützung 58,6 8,28 Pf.

Beitragsberichtigungen u. c. (Spalte 6) 9,8 4,85 Pf.

Agitation 16,4 2,78 Pf.

Diese Zahlen mögen sich namentlich diejenigen zu Gemüte führen, die gelegentlich sagen: früher ist es mit 10 Pf. besser gegangen als heute mit 85 Pf. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Streit haben sich auf das Sechsfache vermehrt, für Beitragsberichtigungen u. c. fast auf das Dutzfache. Von den Mitgliedsbeiträgen muß von vornherein fast die Hälfte für Arbeitslosigkeit und Streit reserviert werden. Und in der Zeit der niedrigstehenden Geschäftskonjunktur mit ihren Lohnabschlägen dürfte sich das nicht wesentlich verbessern, wenn auch gesagt werden muß, daß 1906 wegen des Kampfes um Rothe Erde ein Ausnahmeyer war.

So mögen diese Darlegungen ihre Verwendung in der inneren und äußeren Agitation finden. Sie lehnen, daß die Gewerbevereine wollen sie ihr Prinzip in der Arbeiterbewegung zur Geltung bringen, noch opferwilliger werden müssen. Immerwährende Aufklärung darüber erleichtert jeden weiteren Fortschritt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 25. Oktober 1907.

„Arbeits-Satzverträge“ heißt das Thema, über das in der von der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, einberufenen öffentlichen Versammlung am Montag, den 28. d. Ws., abends 8½ Uhr, in den Industrihallen, Dennewitzstr. 19/20, der Redakteur der „Soc. Praxis“, Dr. Zimmermann und Kommerzialrat Bilgerstein referierten werden. Da in der Versammlung zweifellos auch die Buchdruckertarifgemeinschaft und der vom Buchdrucker-Verband gelebt, von der Prinzipielle erörtert werden wird, ist es notwendig, daß die Verbandsgenossen und Gewissassen sich recht zahlreich einstellen.

* * *

Die Stadtvorsteherwahl in Berlin steht unter dem Zeichen des Proportionalwahlrechts. Die Versammlungen der Gewerbevereine in dieser Frage haben großen Eindruck gemacht. Auch das Interesse aller unserer Verbandskollegen an der diesmaligen Stadtvorsteherwahl ist dadurch ein weit lebhafter geworden, als es jemals war. Wer sich nicht für die Einführung des Verhältniswahlrechts erklärte, so lautete die Parole, findet die Unterstützung der Gewerbevereine nicht. Es darf gewiß nicht Regel sein, eine einzige Frage maßgebend sein zu lassen für die Entscheidung bei der Wahl. Unsere Gewerbevereine aber legen ganz mit Recht Gewicht gerade auf diese Frage, weil sie zum Prinzipien geworden ist, ob ihre Organisationen als gleichberechtigt anerkannt werden bei der Belebung des Berliner Gewerberichts.

Tabelle IV. Der Gewerbeverein der Maschinenbauer zahlt insgesamt und pro Kopf in den nachstehenden Jahren für folgende Zwecke:

Jahrgang	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.		
1896	2 886,68	15 559,25	9 167,71	7 846,76	2 785,90	7 163,07	84 505,54	4 670,90	16 621,86	9 853,51	38 022,90 ¹⁾	—	845 579,92	—	—	
1897	2 008,88	26 666,75 ²⁾	9 596,28	8 280,50	8 578,89	7 756,68	87 189,78	5 480,52	12 540,43	11 027,41	28 171,10	—	875 019,48	—	—	
1898	2 072,89	84 277,80 ²⁾	11 291,08	9 800,14	8 197,32	8 894,87	89 785,70	6 058,14	9 792,72	12 189,78	28 485,91	—	408 161,30	—	—	
1899	8 062,80	24 988,42	11 902,07	10 669,87	6 026,47	9 565,54	41 218,10	7 981,28	16 485,35	12 527,55	40 520,70 ³⁾	—	487 858,84	—	—	
1900 ⁴⁾	8 849,90	55 757,00	18 943,06	11 828,87	7 975,66	18 882,08	44 289,80	10 760,79	14 165,80	12 871,81	48 808,40	—	405 779,48	—	—	
1901	8 849,40	105 281,00	14 955,40	11 569,66	11 881,97	14 055,22	45 988,60	11 246,69	18 869,71	18 589,47	46 686,17	—	505 485,82	—	—	
1902	8 485,74	128 438,64	17 816,64	11 775,70	14 826,89	14 066,80	47 846,08	17 855,89	22 861,20	14 840,87	60 081,89 ⁵⁾	—	466 526,16	—	—	
1903 ⁶⁾	5 012,9%	144 144,89	17 747,29	16 268,58	14 275,00	17 722,62	52 978,42	20 649,98	22 126,41	16 468,81	74 284,88	—	465 044,22	—	—	
1904	6 145,82	126 801,49	19 848,21	18 624,99	16 478,18	21 421,90	55 181,78	14 856,98	18 549,07	18 887,42	77 041,26	—	558 006,18	—	—	
1905 ⁶⁾	8 463,09	89 292,17	14 070,47	17 087,72	14 821,97	14 976,42	—	80 306,27	70 920,57	21 816,94	21 848,19	114 488,51 ⁶⁾	—	545 928,84	—	—
1906 ⁶⁾	10 686,14	78 417,30	824 790,99	14 625,59	16 904,82	21 008,05	—	82 257,08	184 016,26	12 419,49	28 182,05	121 107,65 ⁷⁾	—	466 076,89	—	—

1) Unter 10 000 Pf. für den Streit der engl. Maschinenbauer. 2) Einzel. weitere 15 568,75 Pf. für den Streit der engl. Maschinenbauer. 3) Unter 10 000 Pf. für die Kosten der Delegiertenfrage. 4) In diesen Jahren trat eine Beitragserhöhung in Kraft. 5) Unter 10 000 Pf. für die Kosten der Delegiertenfrage. 6) Seit August 1906 werden 18 Pf. der Gesamtausgabe in den Ortsvereinen als Verwaltungskosten für die Hauptklasse verbucht. Daher die erhebliche Erhöhung, die nur Folge einer anderen Buchungsmethode ist.

Elemente zu schaffen, wurde auf Veranlassung des Herrn Kaves, des Vorsitzenden der Abteilung für Gewerbeangelegenheiten der Howaldt-Werke, jene Hilfslasse gegründet, die die Grundlage zu der jetzigen Pensionskasse bildet. Ganz hervorragend hat sich daran ein Herr Manische beteiligt, der gegenwärtig der Leiter einer gelben Gewerkschaft in Dierischdorf ist, damals aber noch Mitglied des Metallarbeiterverbandes war. Auch hier zeigt sich wieder mit aller Deutlichkeit, daß der Terrorismus der Roten die Ursache für die Begründung der gelben Gewerkschaften ist, und daß die Hauptmacher bei den Gelben sind, die vorher bei den Roten eine große Rolle gespielt haben.

* * *

Die Barbier- und Friseurgehilfen stehen prozentual in größerem Maße der Arbeiterbewegung fern als die anderen Arbeiter. Und doch haben sie unter den Härten des Lebens ebenso wie die anderen Berufsklassen zu leiden. Man kann, wenn man die Berufsverhältnisse dieser Kategorie genau betrachtet und im Vergleich zu den Verhältnissen der übrigen Arbeiterschaft bringt, rubig von mittelalterlichen Zuständen sprechen. Man denkt nur an die lange Arbeitszeit, an das oft mangelhafte Koch- und Logiswesen. Die Stellenvermittlung, die sich meistens in privaten Händen befindet, nutzt die arbeitsuchenden Kollegen fast aus. Alle diese Zustände könnten eine Verbesserung erfahren, wenn sich die Barbier- und Friseurgehilfen eine Organisation gründeten, die im Sinne der Kirchen- wie parteipolitisch neutralen Hirsch-Dürcherschen Gewerkschulen zu wirken entschlossen ist. Den Anfang macht nach dieser Richtung hin hat unser Volksverein der Barbier-, Friseurgehilfen- und Friseurinnenmacher-Verein in Lübeck. In den Zusammenkünften, die bis auf das Jahr 1900 zurückzuführen sind, trat immer mehr das Berufsintereß in den Vordergrund. Das konnte auch gar nicht anders sein. Der Zweck des Vereins, die Pflege und Förderung unseres Gewerbes drängte dazu. Die Mitglieder sahen, wie die übrige Arbeiterschaft sich emporrangt und bemerkten, daß die Organisationen Vorbüste für ihre Mitglieder erwirken. Auch für die Barbiers und Friseure kann das möglich gemacht werden durch eine arbeitsfähige Organisation. Der sozialdemokratische Zentralverband der Barbiere ist eine solche nicht. Ganz abgesehen, daß der Weg zur Errichtung besserer Zustände im Gewerbe durch den von ihm gepredigten Klassenkampf ein ganz falscher ist, trennen den denkenden Berufskollegen Vergehr der Überzeugung von dieser Organisation. Der Terrorismus der Zentralorganisatoren, der die Erfüllung andererden Kollegen mit führen tritt, dient nicht unseren Interessen. Überzeugung soll uns zusammenführen; die Organisation darf zu keinem Rückhaus werden. Diese Gedanken brachten die Lübecker Gehilfen zum Abschluß an die Gewerkschulen, nachdem sie in einer Versammlung beide Gruppen, Gewerkschafter und Gewerber, vereinigt hatten.

Die Berufskollegen haben nun in vielen Orten Volksvereine. Diese müssen die Träger des Organisationsgebäudes werden. Denken die Kollegen einmal über ihre eigene Lage nach, so wird ihnen dieselbe nicht im rosigsten Lichte erscheinen. Die Kollegen werden die Notwendigkeit einer Organisation erkennen, und zwar einer solchen, die wie die Gewerkschulen, unsere wirtschaftlichen Interessen vertritt. Die Kollegen müssen mit den Gewerkschulen am

Orte in Verbindung treten und mit ihren Ausführungen über unsere Lage verbreiten. Dann werden wir zu einer Organisation kommen, die auch uns Gelegenheit gibt, teilzunehmen am Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens. Kollegen, auf zur Arbeit! Es gilt unserem Beruf und uns selbst!

B. R.

* * *

Die erste Volksversammlung der Generalintendentschule der Königl. Schauspiele findet in dieser Saison am Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Neuen Königl. Operntheater (Groß) in Berlin statt. Zur Aufführung gelangt: „Der schwarze Domino“ von D. F. E. Aubert. Der Herr Generalintendant von Hülßen hat die Güte gehabt, dem Verein für Vollzurkunftsverhältnisse wie bisher den Billettverkauf zu übertragen und erfolgt derselbe in den Verkaufsstellen des Vereins.

Gewerbereihe - Teil.

9 Berlin. „Wahlrechtsreform am Gewerbergericht zu Berlin“, lautete das Thema, welches am Dienstag, 22. Oktober, in 2 großen öffentlichen Gewerbereiheversammlungen erörtert wurde. Als Redner traten auf der Agitationssitzung Kollege Jordan und Verbandssekretär Kollege Erkelenz, die nach einem historischen Überblick über die Entwicklung des Gewerberichtswesens den Nachweis erbrachten, daß die Einführung des Wahlrechtswesens durch den Grundstein der Gerechtigkeit und Bürgschaft entpricht, und daher auch vom Berliner Magistrat erwartet werden muß, daß er dem Antrag auf Einführung desselben seine Zustimmung gibt. Die Abstimmung, die sich an die beiden Referate anschloß, und an der sich u. a. in der einen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Dr. Ruggdau, in der anderen die Abg. Max Schulz und Roppe, außerhalb Beiträgen der Freikirchlichen Vereinigung, des Verbandes der technischen Beamten und der Werk- und Handelschiffbauvereinigung beteiligten, war überaus rege und hielt sich sturm im Rahmen der Sachlichkeit. Beide Versammlungen nahmen einstimig eine Resolution an, in der in zumindesten Sinne Rennlaus von dem durch den Verband der Deutschen Gewerkschulen an den Magistrat der Stadt Berlin gerichteten Antrage auf Einführung der Wahlrechtswahl am Gewerbergericht Berlin Rennlaus genommen wird. Und dann heißt es weiter: Die Versammlung richtet an Magistrat und Stadtvorstand eine Erklärung, daß die Gewerberichtswahl bei den Gewerberichtswahlen zur Anwendung zu bringen ist, weil für den Grundstock der Gerechtigkeit weit mehr zum Ausdruck kommen läßt als das heutige Wahlverfahren. Die unabhängige Arbeiterschaft legt entseelendes Wert darauf, an den Wahlen zum Gewerbergericht, sowie an der Reichspostung aktiven Anteil zu nehmen und erwartet, daß die anstehenden Stichen diesem Wunsche Rechnung tragen. Die Versammlung richtet an die Arbeiter aller Parteien das Eruchen, bei den bevorstehenden Stadtvorstandswahlen alle Kandidaten auf ihre Stellung zur Gewerberichtswahl zu befragen. Sie erwartet, daß Arbeiter nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben, die bereit sind, ein solches Wahlrecht für das Gewerbergericht zu bewilligen.

Berbands - Teil.

Bekanntmachung.

Allen Gewerbereihekollegen im Saargebiet und Elsaß-Lothringen hiermit zur Kenntnis, daß ich mein Amt als Verbandsbeamter für das oben

genannte Gebiet angetreten habe. Um nun auch ein erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen, bitte ich mir vor allem mitzuteilen, wann und wo die einzelnen Vereine ihre Versammlungen abhalten und mit den Mitgliederbestand vom 1. Oktober d. J., wie auch die Adressen der Ausschußmitglieder anzugeben. Gleichzeitig ersuche ich, mir darüber zu berichten, wie es sich in den einzelnen Fabriken und Werken bezüglich Arbeit, Löhne, Behandlung usw. verhält.

In allen Fragen des gewerblichen Lebens, wie Kranken, Unfall, Invalidenversicherung, in Rechtsfragen u. dergl. wollen sich die Kollegen an mich wenden.

Ebenso ersuche die Hauptleitungen der verschiedenen Gewerbevereine mir Ihre in dem genannten Bezirk liegenden Ortsvereine wie auch Einzelmitglieder mitzuteilen.

Meine Adresse ist bis zur Übersiedlung St. Johann a. d. Saar, „Hotel Adler“.

Carl Bepler.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, NO., Griffenwalderstr. 221/222. Sitzung jeden Mittwoch, ab 8½ bis 10½ Uhr. Gäste willkommen. — **Ärztekongress der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.).** Jeden Sonnabend, 9—11 Uhr, Liebigsaal im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Bildhauer. Montag, 28. Oktober, abends 9 Uhr, Versammlung, Dresdenstr. 10.

Orte und Medizinverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Säale des Herrn Willi, Schulte-Ritter, Düsseldorferstr. 1. — **Nachs (Diskussionsklub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Albert, „Aegidie“. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Höftmanns Hotel, Voelpflicht, Diskussionsklub. — **Spanien (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (D.G.V.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Alsterstraße, Elbium. Gäste willkommen. — **Seifenfabrik (Singerdorf der Deutschen Gewerbevereine).** Jeden Sonnabend, abends 9 Uhr, Schaltzert, 88. Gäste willkommen. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat morgens 11 Uhr Brieletzung im Restaurant „Zur Post“, Mönckebergstr. 72. Sonntag, 2. November, morgens 11 Uhr, Verbandsversammlung in Haaren, Hauptstr. 143, Sudenburghof. — **Dortmund (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Säale des Herrn Biele, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 Uhr im Sandberghaus, Webergasse 15. Sonntag, 2. November, morgens 11 Uhr, Verbandsversammlung im Elbfium. — **Halle (Ortsverband).** Sonntag, 2. November, nachmittags 4 Uhr, große Ortsverbandssitzung im Saale der Börse. Brieletzung des Herrn Dr. Rathje über: „Die Wettbewerbsfreiheit“. Dieser Brieletzung bedingt das Er scheinen aller Verbandsfolger. — **Magdeburg (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstag, abends 8½ Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Wettbewerbsverzeichnis.

Waschisenbauer, VIII. Bezirk, Heinrich Langen, Bezirksbeamter, ab 28. Oktober Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 70 III.

Anzeigen - Teil.

■ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ■

Eine Kopiermaschine ohne Wasser!

10
Mal
Bessere
Kopien in
1/10
der Zeit!

OHNE Pinsel
OHNE nasse Lappen
OHNE Presswalzen
OHNE feuchte Bäder
OHNE schmutz. Stoffe

Die vollkommenste Kopiermaschine der Welt!

10
Mal
bessere
Kopien in
1/10
der Zeit!

OHNE Verbereitung
OHNE Feuchtigkeit
OHNE Flecken
OHNE Falten
OHNE Aus.v.Wasser

Roneo & m. b. H. Direktor NATE MOCK BERLIN S. W. 68
Probe kostenlos ohne jede Kaufverbindlichkeit.

Bom Verbandsbureau zu beziehen:

Sozialdemokratie und Arbeiterschaft
von Dr. jur. Michael Freund
Preis 30 Pf.

Ein für die Agitation nicht entbehrlches Hilfsmittel!

**Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schilder u. a. für
und Billigster bei
Th. Berkop, Oppeln.**

Hohen Nebenviertel
kann sich jeder techn. u. kaufm. Angestellte auf vornehmen
durchaus nicht anstrengende Weise
erwerben. J. Emil Andreo,
Potsdam 44.

Rensals (Ortsverband). Durchs. Genossen erzielen 50 Pf. bei Ang. Heimat 6, Striebitzstraße 36.

Bauschlosserei,
Kunstschlosserei u. Kunstschmiederei,
Lokomotivführungen, Hoch- und Tiefbau,
Elektrotechnik, Installation, Bergbau,
Glossertechnik, Kunst-, Kunst- u. Möbel-
schreinerei, Stuckkunst, Steinmetz-
berufe, Eisen- u. Holz- u. techn. Schmiede,
Schmiede, Spezial-Kernack-Hackfeld, Glass-
mühle, Anrichtenstellungen, Prospekte-
und Werbezettelnschreiberei gratis und franko.
Bonness & Hackfeld, Potsdam-L. 6.